

# PERSPEKTIVE

## Zeitung für Solidarität und Widerstand

# „Ein Angriff auf eine ist ein Angriff auf alle von uns.“

Nachdem das Frauenkollektiv zuletzt vor allem zum Thema Antimilitarismus gearbeitet hat, steht in den nächsten Monaten die Frauenrevolution im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Im Interview beschreiben sie Motivation und Hintergründe ihrer neuen Kampagne.

**Wie kam es dazu, dass ihr das Thema Frauenrevolution nun auf die Agenda gesetzt habt?**

In unserem Selbstverständnis bringen wir zum Ausdruck, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der Millionen Menschen auf Grund ihres Geschlechts und ihrer Klassenzugehörigkeit ausgebeutet und unterdrückt werden. Der Kapitalismus und das Patriarchat bestimmen unsere Wirtschaftsordnung, die Strukturierung der Gesellschaft, das politische System, unsere Erziehung und Sozialisation, die Form unserer Familien, also unser gesamtes heutiges Leben.

Und genau aus diesem Grund ist es notwendig, explizite Räume der politischen Organisation für Frauen zu schaffen, um diesem kapitalistischen und patriarchalen System den Kampf anzusagen und eine Alternative aufzuzeigen. Um das zu schaffen, denken wir, braucht es einen Umsturz der Verhältnisse, eine sozialistische Revolution und eben auch eine soziale Revolution. Und ein Teil davon ist für uns die Frauenrevolution!

Und schauen wir uns die Lage der Frauen und der gesamten Arbeiter:innenklasse heute an, können wir feststellen, wir haben eigentlich keine andere Alternative. Wir müssen anfangen uns zu organisieren und als Frauen und Menschen der Arbeiter:innenklasse dem System etwas entgegenzusetzen.

**Das Frauenkollektiv ist eine sozialistische Frauenorganisation:**

# FRAUEN kollektiv

**„Wir haben verschiedene Erfahrungen in unserem Leben gemacht und sind in unterschiedlichen Lebenssituationen – und dennoch verbindet uns etwas:**

**Wir sind Frauen der Arbeiter:innenklasse und kämpfen gegen Patriarchat und Kapitalismus.“**

**Wie ordnet ihr die aktuelle Lage von Frauen in Zeiten wie diesen ein? Und was spielt das Patriarchat für eine Rolle?**

Wir leben in Krisenzeiten! Und das zeigt sich nicht zuletzt an den steigenden Zahlen patriarchaler Gewalt. Die Zahlen häuslicher Gewalt sind laut Kriminalstatistik 2022 um rund 9% zum Vorjahr gestiegen und auch im Jahr 2021 war bereits ein Anstieg zu verzeichnen.

Insgesamt wurden 240.547 Betroffene häuslicher Gewalt registriert, davon 157.818 im Kontext von Partnerschaftsgewalt. 80 Prozent der Betroffenen sind weiblich. Allein in diesem Jahr wurden bereits 90 Frauen in Deutschland von ihren (Ex)Partnern ermordet.

Das Patriarchat besteht als Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis. Das heißt also, einmal mehr zeigt sich das auf der ökonomischen, aber eben auch auf der gesellschaftlichen Ebene.

Das Patriarchat wirkt sich sichtbar auf die ökonomische Situation von Frauen aus. Dies treibt Frauen häufig in die finanzielle Abhängigkeit von ihren Partnern. Mit dieser Abhängigkeit geht dann auch oft Gewalt einher, der die Frauen nicht entkommen können. Wir sehen also, dass Gewalt gegen Frauen eine unmittelbare Folge von Krisen ist und die Lage der Frauen massiv verschlechtert.

**Was genau bedeutet Frauenrevolution für euch?**

Erst einmal würden wir vorneweg sagen, dass die Frauenrevolution als ge-

sellschaftliche Revolution im Grund genommen schon heute beginnt. Das heißt für uns, dass wir schon jetzt unserem Fühlen, Handeln und Denken das Bewusstsein über die Notwendigkeit der Frauenrevolution zugrunde legen. Dafür müssen wir verstehen und uns anschauen, welchen Einfluss das Patriarchat auf uns hat und wie wir diese ausschließlich erlernten bürgerlichen Geschlechterrollen bekämpfen können. Kurzum würden wir dabei von einer Entwicklung des Geschlechtsbewusstseins sprechen. Ein Bewusstsein darüber, was für Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern herrschen und was für Auswirkungen diese in unserer Gesellschaft so mannigfaltig mit jeder und jedem von uns anstellen. Das heißt ganz konkret, dass wir in jeden Aspekt unseres Lebens und unserer Arbeit die Perspektive der Frauen sichtbar machen und unsere Unterdrückung und Ausbeutung anprangern. Und genau dafür braucht es Frauensolidarität! Wir halten diese der Unterdrückung entgegen. Denn genau das ist die stärkste Waffe, die wir gegen diese Ordnung haben! Vorhin sprachen wir über die steigenden Zahlen der Gewalt an Frauen. Umso wichtiger, dass wir diese Gewalttaten auf keinen Fall unkommentiert lassen. All diese Taten manifestieren das patriarchale System immer wieder aufs Neue. Deswegen nutzen wir auch immer wieder die Losung: „Ein Angriff auf eine ist ein Angriff auf alle von uns.“

**Frieden nur durch Sozialismus!**

In Westasien verändern der Iran, Saudi-Arabien und die Türkei mit der Unterstützung imperialistischer Weltmächte die Kräfteverhältnisse nach ihren Interessen. Doch immer deutlicher wird: Einen echten Frieden und wahre Freiheit wird nur eine regionale sozialistische Revolution bringen. > Seite 3

**TV-L: Verdis Forderung zementiert Reallohnsenkungen!**

Am 11.10. hat Verdi seine Forderungen für die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder vorgestellt. Mit den geforderten 10,5% mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro kann die Explosion der Lebenshaltungskosten nicht annähernd ausgeglichen werden. > Seite 4

Wir stehen parteiisch auf der Seite der Betroffenen und ziehen Konsequenzen für Täter. In keinem Fall dürfen persönliche Beziehungen oder Freundschaften unser Vorgehen gegen patriarchale Gewalt einschränken.

### Wie verbindet ihr eure Kämpfe?

Der Kampf für die Frauenrevolution ist also auch ein Kampf des aktiven Widerstands als revolutionäres Kollektiv gegen das Patriarchat und den Kapitalismus.

Dafür brauchen wir eine klassenkämpferische Bewegung, wo natürlich die Hälfte der Klasse nicht fehlen darf. Und um das Patriarchat zu verbannen natürlich auch eine starke Frauenbewegung, die bewusste Schritte geht um diesem System den Kampf anzusagen.

Wir können und wollen uns nicht einfach unserer Unterdrückung entziehen, indem wir Orte schaffen, an denen wir die Unterdrückung nicht wahrnehmen, so wie es teils feministische Gruppen als sogenannte „Safe Spaces“ fordern. Diese kann es im

Kapitalismus nämlich nicht geben, da wir alle der patriarchalen Sozialisation ausgesetzt sind.

Und um genau dies gezielt voran zu bringen ist es an der Zeit solch eine Kampagne ins Leben zu rufen und Frauen der Arbeiter:innenklasse davon zu überzeugen. Ein wichtiger Kampftag um die Frauenrevolution voranzubringen und unsere Kämpfe auf den Straßen sichtbar zu machen ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen.

Seit der Gründung des Frauenkollektivs sind wir am 25. November auf den Straßen und mobilisieren Frauen, damit sie ihren Kampfgeist, ihre Wut und ihre Trauer dort zum Ausdruck bringen können. Und natürlich ist auch dieses Jahr der 25. November ein so wichtiges Datum, um die Frauensolidarität in der Praxis zu leben und dem Patriarchat den Kampf anzusagen.

# Von Rojava bis zum Roten Meer Frieden nur durch den Sozialismus!

In Westasien verändern der Iran, Saudi-Arabien und die Türkei mit der Unterstützung imperialistischer Weltmächte die Kräfteverhältnisse in der Region nach ihren Interessen. Gleichzeitig kämpfen in Palästina, Kurdistan und anderen Teilen der Region unterdrückte Völker für ihre Selbstbestimmung. Seit den von der islamisch-fundamentalistischen Hamas angeführten Angriff auf Israel blickt die ganze Welt wieder auf diese Region. Doch immer deutlicher wird auch: Einen echten Frieden und wahre Freiheit wird nur eine regionale sozialistische Revolution bringen.

Die Bilder gingen um die Welt: Aus dem seit 16 Jahren unter Blockade stehenden palästinensischen Gaza-Streifen flogen bewaffnete Paragliders am 7. Oktober über die israelischen Grenzanlagen hinweg und Bulldozern durchbrachen sie an dutzenden Stellen. Bedeutender als der militärische Erfolg der Aktion war die auf diese Art und Weise gesendete Botschaft: Widerstand und Aufbegehren sind möglich, auch gegen von vielen als unumstößlich wahrgenommene Ordnungen.

Weil die großen Mächte USA, China

und Russland ihrerseits ihre Kräfte neu ordnen und mit den zwischen ihnen herrschenden Spannungen beschäftigt sind, eröffnen sich derzeit vielerorts Spielräume für regionale Mächte und Bewegungen, die im Schatten der großen Akteure ihren eigenen Interessen nachgehen. Das zeigt sich besonders auch in Westasien: Während die palästinensische Freiheitsbewegung, angetrieben von iranischen und islamisch-fundamentalistischen Kräften ihr Heil in der Offensive suchte, muss sich beispielsweise das kurdische Volk in Rojava erneut gegen neue Angriffe des türkischen Faschismus verteidigen.

### Fragiler Flickenteppich

Die politische Situation in Westasien ist nicht erst seit den jüngsten

Entwicklungen kompliziert. Krieg, Flucht und humanitäre Katastrophen gehören seit Jahrzehnten ebenso zu der Region wie religiöse Sektiererei und ethnische Konflikte. Ihren Ursprung haben viele der heute sichtbaren Widersprüche darin, dass die verschiedenen Gebiete immer wieder unter den imperialistischen Mächten neu aufgeteilt wurden, Grenzen und Staaten willkürlich geschaffen oder von der Karte gestrichen wurden. Als im 19. Jahrhundert das industrielle Wachstum in den westlichen Ländern zur Entstehung von großen, international agierenden Monopolen führte, strebten diese nach mehr Einfluss auch außerhalb der eigenen nationalen Grenzen – der Kapitalismus in seiner Entwicklungsstufe des Imperialismus bringt bis heute gesetzmäßig hervor, dass die Konkurrenz zwischen großen kapitalistischen

Monopolen sich auf Ebene der Nationalstaaten in ständigen Aggressionen und Kriegen widerspiegelt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es vor allem Frankreich und Großbritannien, die ihren Einfluss in Westasien geltend machten und die Grenzverläufe ihrer Hoheitsgebiete am Verhandlungstisch mit dem Lineal auf der Karte einzeichneten. Die Ergebnisse dieser Willkür sind noch heute sichtbar: Zwar bildeten sich im Laufe des 20. Jahrhunderts innerhalb dieser Grenzen Nationen wie zum Beispiel die syrische, die irakische oder auch die



israelische Nation heraus. Gleichzeitig können die jeweiligen Nationalstaaten nur existieren, weil religiöse und ethnische Minderheiten unterdrückt werden. Im Irak und in Syrien kämpfen beispielsweise Kurd:innen und Suryoye um ihre jeweilige nationale Selbstbestimmung, gegen die israelische Besatzung begehren die Palästinenser:innen seit Jahrzehnten immer wieder auf. Überall in Westasien kommt es außerdem, wie im Irak und im Jemen, zu Kriegen zwischen schiitischen und sunnitischen Fraktionen. Die religiöse Konfession dient in diesen Zusammenhängen als Legitimation für Machtkämpfe in den ohnehin fragilen Staaten.

Diese Machtkämpfe sind auch heute von imperialistischen Interessen geleitet. Nachdem im Kalten Krieg die USA und die revisionistische Sowjetunion um Einfluss in der Region rangen, agierten die USA nach dem Zerfall der UdSSR zunächst ungezügelt mit direkten Militärinterventionen wie im Irak ab 1991 und 2003. Gegenwärtig zeigt sich, dass die USA, trotz ihres neuen Hauptfokus auf Südasien und der direkten Konfrontation mit China, ihre Interessen und Bündnispartner in Westasien, allen voran Israel, nicht ohne weiteres aufgeben werden. Auch der russische Imperialismus hält, wie mit der Unterstützung von Machthaber Assad im syrischen Bürgerkrieg ab 2015, mit aller Kraft an seinem mittlerweile stark begrenzten Einfluss in der Region fest. Gleichzeitig tastet sich China mehr und mehr nach Westasien vor und erreichte im Frühjahr einen Durchbruch bei der verhandelten Aussöhnung von Saudi-Arabien und dem Iran.

## Regionale Machtkämpfe

Der Iran und Saudi-Arabien sind es auch, die im Wettstreit mit der Türkei nach dem „Arabischen Frühling“ um das Jahr 2011 zunehmend ihre regionalen Hegemonialansprüche in Westasien geltend gemacht haben. Alle drei verfolgten dabei verschiedene Strategien. Die Türkei strebt unter der zur Muslimbruderschaft gehörenden AKP-Regierung danach, Vorbild- und Führungsrolle für islamisch-konservative Regierungen in ganz Westasien zu sein. Das NATO-Land unterdrückt weiterhin den kurdischen Befreiungskampf und schreckt dabei auch nicht vor der Allianz mit islamisch-fundamentalistischen, faschistischen Milizen wie dem Islamischen Staat zurück.

Vor allem im syrischen Bürgerkrieg entwickelte sich auch eine zunehmende Rivalität zwischen der Türkei und dem Iran. Dem Iran gelang es letztlich besser, das Vakuum im syrischen failed state auszunutzen, um den eigenen Machtbereich zu stärken. Ähnlich wie die Türkei strebt der Iran seit der Machtergreifung des schiitischen Fundamentalismus 1979 eine Führung der arabischen Welt von außen an. Mit der Hisbollah-Miliz im Libanon und den Huthi-Rebellen im Südjemen unterstützt der Iran seit Jahren gefestigte Strukturen und nimmt Einfluss vom Mittelmeer bis zum Golf von Aden. In Syrien hielt die vom Iran unterstützte Assad-Regierung den von den USA unterstützten Rebellen stand. Im Jemen kämpfen die vom Iran kontrollierten Rebellen in einem Stellvertreterkrieg seit Jahren gegen die von Saudi-

Arabien unterstützten Regierungstruppen. Gleichzeitig lehnt der Iran jegliche Normalisierung der Beziehungen zu Israel ab. Nicht nur durch die Unterstützung der Hisbollah und der Hamas im Kampf gegen Israel, sondern auch in den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Armenien und dem mit Israel und dem Westen verbündeten Aserbaidschan prallen iranische und israelische Interessen direkt aufeinander.

Saudi-Arabien hingegen versuchte lange im Windschatten des US-Imperialismus eine arabische Hegemonie in Westasien zu sichern. Dazu gehört auch die Annäherung an Israel. Mit der vom Iran unterstützten palästinensischen Militäroffensive und den israelischen Vergeltungsschlägen ist die Annäherung an Israel aber vorerst gescheitert. Durchaus denkbar ist, dass Saudi-Arabien die jüngsten Kooperationen mit China, Russland und auch dem Iran fortsetzt und langsam das Lager wechselt, um mehr Spielraum für die eigenen Interessen in der Region zu erlangen.

## Nur der Sozialismus wird Frieden und Freiheit schaffen

Angesichts dieser Lage und den verschiedenen Interessen der großen und kleineren imperialistischen Welt- und Regionalmächte in der Region erscheinen auch die palästinensischen Angriffe vom 7. Oktober in einem anderen Licht. Denn die eigentliche Frage ist: Werden derartige Aktionen den Völkern des Nahen Osten tatsächliche Freiheit bringen? Das ist kaum vorstellbar.

Ein eigenständiger palästinensischer kapitalistischer Staat hätte beispielsweise ohne die Abhängigkeit vom Iran oder einer anderen regionalen Schutzmacht keine Überlebenschancen. Eine palästinensische nationale Selbstbestimmung wäre aber auch unter neuer

Vormundschaft nicht gewährleistet. Ähnlich gestaltet sich auch die Situation in Kurdistan: Im Kampf gegen die Türkei, Syrien, den Irak und den Iran kann sich das kurdische Volk nicht auf mächtige Stellvertreter:innen wie die USA verlassen, sondern muss sich die nationale Selbstständigkeit gegen alle imperialistischen Interessen gleichzeitig selbst erkämpfen.

Das heißt nicht, dass die Kämpfe gegen den reaktionären Zionismus oder den türkischen Faschismus für die Befreiungsbewegung keine wichtigen Schritte auf dem Weg zur Selbstbestimmung darstellen. Schließlich spalten diese reaktionären Ideologien, genauso wie andere islamisch-fundamentalistische Ideologien und faschistische Tendenzen, die Bevölkerungen in Westasien und verhindern einen vereinheitlichten Kampf. Objektiv haben alle unterdrückten Menschen in Westasien einen gemeinsamen Feind, nämlich die vom ewigen Streben nach Profit getriebenen Kapitalist:innen in allen imperialistischen Staaten, die in Westasien nach wie vor billige Arbeitskraft abschöpfen und Rohstoffe plündern sowie alle Staatsoberhäupter, die die kapitalistische Produktionsweise in Westasien stützen.

Die einzige Perspektive für Frieden und Freiheit in Westasien ist dementsprechend eine regionale sozialistische Revolution, in der die Unterdrückten der Region gemeinsam die kapitalistischen Staaten stürzen und sich von der imperialistischen Fremdbestimmung loslösen. Dass die Kämpfe der unterdrückten Völker verbunden sind, wird von kommunistischen Kräften immer wieder herausgestellt. So kämpfen derzeit in Kurdistan kommunistische Kräfte wie die MLKP für die Selbstbestimmung des kurdischen Volkes, aber auch für die Überführung des nationalen Befreiungskampfes in eine sozialistische regionale Revolution. Dass der kurdische Befreiungskampf, vor allem in Verbindung mit der Frauenrevolution und Arbeiter:innenaufständen die Staaten in Westasien ins Wanken bringen kann, zeigten eindrücklich bereits die revolutionären Proteste im Iran vor einem Jahr nach der Ermordung von Jina Amini. Ist das revolutionäre Feuer einmal entfacht, werden die Funken genau dann auf andere Staaten übergreifen, wenn auch dort revolutionäre Kräfte das Bewusstsein für den geeinten Kampf gegen die Unterdrücker geschaffen haben. Dazu gehört zuvorderst die Erkenntnis, dass eine regionale sozialistische Revolution keine Trümperei, sondern die einzig realistische Lösung für Frieden in Westasien ist.



# TV-L: Verdis Forderung zementiert Reallohnsenkungen!

Am 11. Oktober hat Verdi seine Forderungen für die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder vorgestellt. Mit den geforderten 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro kann die Explosion der Lebenshaltungskosten in den letzten zwei Jahren jedoch nicht annähernd ausgeglichen werden. Nach der Nullrunde 2021 und der anschließenden Rekordinflation brauchen die 2,5 Millionen Länder-Beschäftigten einen echten Ausgleich – und keinen Cent weniger.

Am 23. Oktober sind die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder gestartet. Dabei geht es um die künftigen Löhne und Gehälter von rund 2,5 Millionen Beschäftigten. Die etwa 1,2 Millionen Angestellten und 1,3 Millionen Beamt:innen werden in den Verhandlungen von den Gewerkschaften Verdi, GEW, GdP, IG BAU und dem „dbb beamtenbund und tarifunion“ vertreten. Am 11. Oktober präsentierte die Bundestarifkommission öD die Forderung, mit der Verdi in die Verhandlungen geht. Die Gewerkschaft will 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr Lohn. Nachwuchskräfte sollen 200 Euro mehr erhalten und Auszubildende unbefristet übernommen werden. Verdi-Chef Frank Werneke wies darauf hin, dass die Länderbeschäftigten – die von Pflegekräften und Küchenhilfen bis zu Lehrer:innen und Uni-Beschäftigten zahlreiche Berufsgruppen umfassen – „das Schlusslicht bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst“ bilden.

Die Aussage ist korrekt. Was Werneke aber nicht sagt, ist, dass Verdi selbst diesen traurigen Status der Länderbeschäftigten mit herbeigeführt hat. Immerhin hat die zweitgrößte deutsche Gewerkschaft bei der letzten Tarifrunde vor zwei Jahren einer 13-monatigen Nullrunde, also der Beibehaltung der Löhne, zugestimmt. Erst 2022 gab es mit 2,8

Prozent eine magere Entgelterhöhung – während sich die Arbeiter:innenklasse in Deutschland der heftigsten Preissteigerung seit Jahrzehnten ausgesetzt sah. Wie das Netzwerk

## Für einen realen Inflationsausgleich brauchen wir mindestens 20% Lohn-erhöhung, bei 12 Monaten Laufzeit!

Betriebskampf vorrechnet, hat Verdis Nullrunde zu einem Reallohnverlust der Länderbeschäftigten von rund 14 Prozent geführt – und die Preise steigen, wenn auch leicht gebremst, weiter.

Damit haben die Gewerkschaften auch ihren Anteil an 300.000 unbesetzten Stellen im gesamten öffentlichen Dienst: „Auf die ausbleibende Verbesserung der Arbeitsbedingungen folgt die Abstimmung vieler Kolleg:innen mit den Füßen, d.h. die Personalnot wird noch stärker und öffentliche Dienstleistungen, wie Behördengänge und Kinderbetreuung können noch schwieriger sichergestellt werden“, so Betriebskampf.

Die 10,5-Prozent-Forderung kann die schon stattgefundenen Verarmung der Länderbeschäftigten durch Nullrunde und Rekordinflation nicht ausgleichen. Und es ist zu befürchten, dass die Gewerkschaften in den Verhandlungen weiteren Abstrichen

zustimmen. Gefordert wird zwar eine Laufzeit des neuen Tarifvertrags von nur einem Jahr. Das Muster der letzten Abschlüsse der DGB-Gewerkschaften war aber, eine vermeintliche

hohe Lohnerhöhung auf längere Zeiträume zu strecken: 10,5 Prozent auf zwei Jahre wären aber beispielsweise nur 5,25 Prozent pro Jahr – und liegen damit noch unter der für das Jahr 2023 erwarteten durchschnittlichen Inflationsrate von 6,1%.

Aus diesem Grund fordert das Netzwerk Betriebskampf eine Tarifierhöhung von nicht weniger als 20 Prozent – und das bei einer Laufzeit von einem Jahr. Nur so sei ein Reallohn ausgleich gewährleistet. Dafür müssen die Beschäftigten jedoch selbst aktiv werden: „Zu lange wurde von vielen Arbeiter:innen bei der Lösung von Problemen auf bürgerliche Parteien und die DGB-Gewerkschaften gewartet. (...) Wir Arbeiter:innen sind es, die die Produktion am Laufen halten und gemeinsam auch stoppen können. Durch Flugblätter, Einzelgespräche mit Kolleg:innen, den Aufbau von Betriebsgruppen, oder der Organisation von kleineren Aktionen, können wir heute schon aktiv werden im Kampf der TV-L-Runde gegen Lohnverluste und Sozialabbau“.



## PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn  
twitter.com/perspektiveon  
instagr.am/perspektiveonline  
t.me/perspektiveon  
mastodon.social/@perspektiveon

### Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.  
Homarstraße 64  
51107 Köln

## PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

## PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



## MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“  
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“  
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende  
<https://perspektive-online.net/spenden>